

Newsletter Nummer 6/2016: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

Kreistagssitzung am 19. Juli 2016

Der Kreistag befasste sich in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause unter anderem mit den Jahresabschlüssen 2015 des Rhein-Neckar-Kreises, der Freiherr von Ullner'schen Stiftung und des Eigenbetriebs Bau und Vermögen sowie strategischen Zielen für das Jahr 2017.



Neue Kreisrätin

Die Kreisrätinnen und Kreisräte beschäftigten sich zunächst mit einem Wechsel in ihren Reihen. Kreisrat Jürgen Kretz von Bündnis 90/Die Grünen hatte mitgeteilt, dass er aus beruflichen Gründen nicht mehr Mitglied des Kreistags sein kann.

Für ihn rückte Frau Genia Ruland aus Wiesloch nach.

Kreisbrandmeister: aus Ehrenamt wird Hauptamt

Kreisoberbrandrat Peter Michels, Leiter des Amtes für Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz, geht mit Ablauf des Monats April 2017 in Pension, weshalb er mit dem Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem hauptamtlichen Dienst des Rhein-

Neckar-Kreises auch um die Entpflichtung vom Ehrenamt des Kreisbrandmeisters gebeten hat.

Aufgrund des novellierten Feuerwehrgesetzes muss der Landkreis nun einen hauptamtlichen Kreisbrandmeister bestellen.

Jahresabschlüsse 2015 und strategische Ziele

Der Kreistag stellte auch die Jahresabschlüsse des Jahres 2015 fest – allesamt sind sie gut ausgefallen – und beschäftigte sich mit den strategischen Zielen für die Haushaltsplanung 2017.



Der Eigenbetrieb Bau und Vermögen schließt das Rechnungsjahr 2015 mit einem Überschuss von knapp 1,2 Millionen € ab. Gegenüber der Planung ist dies eine Verbesserung von über 1,7 Millionen €.

Auch das ordentliche Ergebnis der Freiherr von Ulner'sche Stiftung mit 7.000 € ist positiv. Im Haushaltsplan für 2015 ging man noch von einem Defizit von 13.000 € aus.

Und 26,2 Millionen € als ordentliches Ergebnis im Kreishaushalt können sich wirklich sehen lassen.

Dies umso mehr, als die aktuelle Hochrechnung für das laufende Jahr ein bei weitem nicht so gutes Ergebnis erwarten lässt.

Die Verwaltung rechnet gar mit einer Verschlechterung gegenüber dem Haushaltsplan und geht Stand Ende Juni von einem Ergebnis von gerade einmal 2,1 Millionen € aus.

2015, das Jahr über das wir heute sprechen, schließt hingegen mit einer Verbesserung von 11,3 Millionen € gegenüber dem Plan ab.

Kreisrat Peter Riemensperger wies aber darauf hin, dass sich auch im Halbjahresbericht zur Haushaltsentwicklung 2015 längst nicht so ein positives Ergebnis ab zeichnete, wie das letztendlich erzielte, sondern „nur“ eine Verbesserung von 1,7 Millionen €.

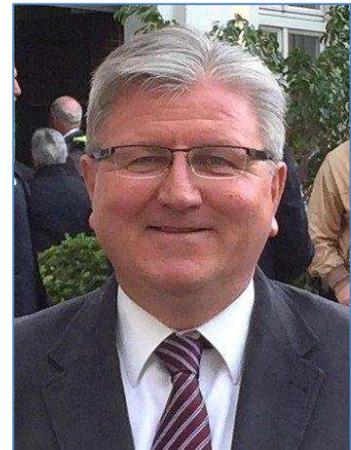
Danach, in der zweiten Jahreshälfte 2015 habe sich also eine weitere Verbesserung von nahezu 10 Millionen € ergeben.

Hiermit solle keineswegs die Sinnhaftigkeit der unterjährigen Hochrechnungen in Frage gestellt werden, so Peter Riemensperger. Selbstverständlich sei es notwendig, regelmäßig zu schauen, wo man finanziell steht.

Die Freien Wähler ziehen aus der Haushaltsentwicklung 2015 vielmehr den Schluss, dass man gut daran tut, auch im laufenden Haushaltsjahr erst einmal die weitere Entwicklung abzuwarten.

Gleiches gelte für 2017 und die im Herbst anstehenden Haushaltsberatungen.

Die Verwaltung kündigte an, im Rahmen ihrer Haushaltsplanung auf drei Themenkomplexe und die dazugehörigen strategischen Ziele ein besonderes Augenmerk zu richten.



Im Einzelnen:

- Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere durch Schaffung einer Stabsstelle direkt beim Landrat, die diese nicht einfache Aufgabe konzeptionell wahrnehmen soll.
- Die Sicherstellung der Aufgabenerfüllung durch den Kreis, da die Altersstruktur der Beschäftigten des Landratsamts deutlich über dem Durchschnitt des öffentlichen Diensts in Baden-Württemberg liegt.

Mehr als die Hälfte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind älter als 45 Jahre.

Bereits in 10 Jahren werden jährlich über 85 dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ruhestand gehen, deren Qualifikation und Wissen verloren gehen.

Ziel ist es letztlich, ausreichend qualifizierte neue Mitarbeiter zu gewinnen und das vorhandene Wissen zu bewahren.

- Der dritte dieser Themenkomplexe ist die Wirtschaftsförderung.

Unter dem Begriff „smart county“ soll zur Standortentwicklung beigetragen und die digitale Transformation der Wirtschaft unterstützt werden.

Diese drei Themenkomplexe sind auch aus Sicht der Freien Wähler wichtige Aufgaben der nächsten Jahre. Deshalb begrüßte Peter Riemensperger für die Freie Wähler-Fraktion, dass die Verwaltung hier besondere Schwerpunkte setzen möchte.

Auch unter allen anderen strategischen Zielen für die Haushaltsplanung 2017 sei keines, das man von vorn herein ablehnen könnte.

Letzten Endes werde man aber sehen müssen, was der Landkreis sich leisten und welche der Ziele wir im nächsten Jahr konkret angegangen werden können. Aber dies werden erst die Haushaltsberatungen zeigen.

Nicht zuletzt stehe ein strategisches Ziel in Konkurrenz zu allen anderen, so Riemensperger weiter: Nämlich die Erhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit nicht nur des Rhein-Neckar-Kreises, sondern auch die der kreisangehörigen Gemeinden!

Letzteres führe zwangsläufig dazu, sich mit der Höhe des Kreisumlagehebesatzes zu beschäftigen.

Auch wenn längst nicht alle notwendigen Parameter für eine belastbare Haushaltsplanung vorliegen, könnten die Freien Wähler schon jetzt sagen, dass der in der Verwaltungsvorlage genannte Hebesatz von 31,5 v.H. für 2017 - das wären 2,0 %-Punkte mehr als 2016! – den Städten und Gemeinden im Kreis nicht vermittelbar sein wird.

Viele Kommunen würde ein Hebesatz dieser Höhe in Anbetracht der Aufgaben und Ausgaben, die die Gemeinden selbst zu stemmen haben, überfordern.

Zumal das absolute Kreisumlageaufkommen in den letzten Jahren so stark gestiegen sei, dass der Landkreis aus Sicht der Freien Wähler mit dem aktuellen Hebesatz auskommen sollte.

Beauftragte für Chancengleichheit

In einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ging es die sofortige Bestellung einer Beauftragten für Chancengleichheit durch den Kreistag.

Der Kreistag sollte darüber beschließen, ob das Gremium die Entscheidung über die Aufnahme einer überplanmäßigen Personalstelle für die Beauftragte für Chancengleichheit vom zuständigen Verwaltungs- und Finanzausschuss an sich zieht.

Wäre dies der Fall gewesen, hätte der Kreistag im Anschluss darüber zu entscheiden gehabt, ob für diesen Posten eine überplanmäßige Personalstelle in den Stellenplan 2016 aufgenommen wird.

Doch dazu kam es nicht. Bereits der erste Teil des Antrags wurde von einer großen Mehrheit der Kreistagsmitglieder abgelehnt.

Kreisrat und Fraktionsvorsitzender Hans Zellner begründete die Ablehnung der Freien Wähler damit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag nur deshalb vor zwei Wochen im zuständigen Verwaltungs- und Finanzausschuss gestellt hätten, weil zu diesem Zeitpunkt der Sitzung keine Pressevertreter mehr anwesend gewesen seien.

Der jetzige Antrag, dass der Kreistag die Angelegenheit an sich ziehen soll, sei deshalb allein dem Populismus geschuldet. Dies könne man nicht unterstützen.

Zudem sei im Stellenplan 2017 ohnehin bereits eine Personalstelle für die Beauftragte für Chancengleichheit eingeplant. Und dies finde auch die Unterstützung der Fraktion der Freien Wähler.



Weitere Informationen.....

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>

„Das wäre den Kommunen nicht zu vermitteln“

Bei der Kreistagsitzung wurde deutlich: Noch steht der Rhein-Neckar-Kreis finanziell gut da – Aber für 2017 ist eine höhere Kreisumlage im Gespräch – Das stößt auf Widerstand

Von Stefan Zech

Oftersheim/Rhein-Neckar. Appell an Winfried Kretschmann im Rahmen der Kreistagsitzung in Oftersheim: Vor Sitzungsbeginn unterzeichneten die Fraktionsvorsitzenden Bruno Sauerzapf (CDU), Ralf Göck (SPD), Hans Zellner (Freie Wähler), Claudia Felden (FDP) und Edgar Wunder (Linke) ein Schreiben an den Ministerpräsidenten. Darin wird die vollständige Übernahme der finanziellen Kosten der Flüchtlingspolitik durch Bund und Land gefordert (die RNZ berichtete). Auch in der Sitzung standen anschließend die Finanzen im Mittelpunkt. So war 2015 aus finanzieller Sicht ein gutes Jahr für den Rhein-Neckar-Kreis. Das zeigte der vorgelegte Jahresabschluss bei der Kreistagsitzung in Oftersheim. Mit einem ordentlichen Ergebnis von 26,2 Millionen lag man 11,3 Millionen Euro über den Haushaltsplanungen. Hierzu hat vor allem die „allgemeine Finanzwirtschaft“ mit einem Plus von 10,7 Millionen Euro gegenüber dem Haushaltsplan beigetragen, was unter anderem auf die gute gesamtwirtschaftliche Lage zurückzuführen ist. Dazu wurden im Bereich Abfallwirtschaft, beim Straßenbauamt sowie beim Amt für Schulen, Kultur und Sport Verbesserungen erzielt. Demgegenüber stehen Mehrausgaben von 2,5 Millionen Euro beim Jugendamt und 2,6 Millionen Euro beim Ordnungsamt, was unter anderem auf Ausgaben für

die dem Kreis zugewiesenen Flüchtlinge zurückzuführen ist.

Auch der Schuldenstand des Kreises wurde verringert: Ende 2015 betrug er noch rund 80 Millionen Euro. Von einer „Entwarnung“ wollte der Leiter des Rechnungsprüfungsamts, Gerhard Nelius, aber nicht sprechen, da sich zusammen mit den Schulden der Eigengesellschaften des Kreises, AVR und GRN, ein Gesamtschuldenstand von 190 Millionen Euro ergibt.

Die Aussichten für die kommenden Jahre sind auch nicht gerade günstig. Bereits für das laufende Jahr wird nur noch ein Ergebnis von 2,1 Millionen Euro prognostiziert. Für 2017 sehen die Prognosen der Kreisverwaltung noch schlechter aus, da davon ausgegangen wird, dass die Wirtschaftskraft der kreisangehörigen Kommunen zurückgeht und daher die steigenden Lasten aus dem Sozialetat und dem Budget des Ordnungsamts nicht mehr kompensiert werden können.

Hier spiele die Flüchtlingsproblematik eine wesentliche Rolle, denn trotz derzeit rückläufiger Flüchtlingseinzugzahlen würden die Ausgaben für die Anschlussunterbringung steigen. So prognostiziert die Verwaltung für das Haushaltsjahr 2017 einen Fehlbetrag von 2,3 Millionen Euro und das bei einem Kreisumlagebesatz von 31,5 Prozent, der damit zwei Prozentpunkte über der derzeitigen Kreisumlage liegen würde. Doch dieser Ansatz stößt bei den Parteien auf teils mass-



Die Fraktionsvorsitzenden unterzeichneten einen Brief an Ministerpräsident Winfried Kretschmann (v. l.): Bruno Sauerzapf (CDU), Ralf Göck (SPD), Claudia Felden (FDP), Edgar Wunder (Linke) und Hans Zellner (Freie Wähler). Foto: Lenhardt

siven Widerstand. Statt die Kreisumlage zu erhöhen oder mehr Kredite aufzunehmen, um das angesammelte Defizit von 17,8 Millionen auszugleichen, schlug Georg Klett (CDU) vor, die Investitionstätigkeit und die laufenden Kosten für die Verwaltungstätigkeit im Auge zu behalten und diese gegebenenfalls zu senken.

Ralf Göck (SPD) teilte den Pessimismus der Verwaltung in Bezug auf die zukünftige Finanzlage des Kreises nicht und war daher auch mit einer Erhöhung der

Kreisumlage keinesfalls einverstanden. Er verwies darauf, dass die Gemeinden jetzt schon 257 Millionen Euro an den Kreis überweisen, was für diesen Rekordinnahmewerte seien.

Peter Riemensperger (Freie Wähler) sieht eine Kreisumlage von 31,5 Prozent als „den Kommunen nicht vermittelbar“ an. „Das wird die Städte und Gemeinden angesichts der anstehenden Aufgaben überfordern“, erläuterte er und sprach sich für eine Beibehaltung des aktuellen Hebesatzes aus. Als „unvorstellbar“, be-

zeichnete schließlich Claudia Felden (FDP) einen Hebesatz von 31,5 Prozent. Mit Blick auf den Jahresabschluss 2015.

An der Diskussion über die zukünftige Höhe der Kreisumlage wollten sich Wilfried Weisbrod (Grüne) und Edgar Wunder (Linke) nicht beteiligen. Weisbrod wies aber darauf hin, dass seine Fraktion Wert darauf lege, dass es genügend Mittel für den Klimaschutz oder den Sozialbereich vorhanden seien. Gleichzeitig müsse der Schuldenabbau ein vorrangiges Ziel des Haushalts sein.